

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Dreyer**  
Hauptstadt-Dresdener-Str. 25/241  
Ausg. für den Verleger: 20 011

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 31. März 1928 bei monatlicher Zustellung frei Haus 1.20 Mark.  
Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 15 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 30 mm breite Kleinanzeigen 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Kleinanzeigen 30 Pf., Kurbelzüge gegen Voranzahlung.

Schriftleitung und Druckerei: **Waldemar Dreyer**  
Hauptstadt-Dresdener-Str. 25/241  
Druck und Verlag von **Klein & Neumann** in Dresden  
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Vertrieb nur mit deutscher Kuriermarke („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Erstklassiges Restaurant**  
**Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee**

## „Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der Attraktionen aller Welt

## Stresemann über Presse und Wahlen.

Das Notprogramm endgültig gestichert. — Kriegsschädengesetz und Gefrierfleischvorlage angenommen

### Empfangsabend der Berliner auswärtigen Presse

Berlin, 21. März. Wie alljährlich, so veranstaltete auch in diesem Jahre wieder der Verband der auswärtigen Presse in Berlin einen Empfangsabend, der ein mal dem Zweck dient, die Männer von der Presse, sowohl Redakteure als auch Verleger, deren Arbeit gerade für den parlamentarisch regierten Staat von hoher Bedeutung ist, mit führenden Staatsmännern, Politikern, Wirtschaftlern und Diplomaten zu öffnen, ungezwungener Aussprache aufzunehmen. Eine zweite Absicht, die der Verband der auswärtigen Presse mit seinem in großem gesellschaftlichem Rahmen gehaltenen Empfang verfolgt, ist die, den Leitern der zentralen Stellen in Berlin zu zeigen, daß die übrigen großen deutschen Städte nicht, wie dies mitunter wohl angenommen wird, „Provinz“, sondern daß auch sie Zentren starken geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens sind. So sah man unter den Gästen die führenden Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie und Presse. Am Ehrenplatze saß neben dem **Konstantin Facelli** in Gesellschaft einiger Redakteure und Verleger der Reichsauswärtigen Dr. **Stresemann**. **Fritz Steins** Vortrag über die Presse war recht launig und humorvoll. Sein Journalistenwitz war voller Eleganz und Schwung. Da der Humor auf solche Weise zur Dominante des Abends gemacht wurde, gestaltete auch **Konstantin Facelli**, der für die anwesenden deutschen Verleger sprach, seine

Worte zu einer Ansprache, die von den Versammelten mit beifälligen Schmunzeln aufgenommen wurde. Ihr Berliner, Ainder, ihr müßt nicht immer denken, daß ihr die Krone der deutschen Schöpfung wäret. Wir sogenannten Provinzler sind mindestens genau so viel wert! Was die sachliche Veranlassung auch keineswegs bestritt.

Den Höhepunkt des Abends bildeten dann die Ausführungen des Reichsauswärtigen **Dr. Stresemann**. Er schlug gern in die Kerbe des Humors, die seine Vorredner gezeichnet hatten. Bei ihm kam daneben aber auch der Ernst sehr zu seinem Recht. Ganz besonderes Interesse fanden seine Mitteilungen über die kommenden Wahlen. Seinen Worten über den Wahlkampf wird man nur beifolgende Bemerkungen. Etwas anderes ist es schon, wenn er meint, die Parteien sollten von der Regierung ihre Wahlprogramme erhalten. Auch der gehobene und willkürliche Steuerzahler wird hieraus bemerken: Dazu ist mein Geld doch eigentlich zu schade. Aber es wird wohl schon so sein, daß die Parteien ganz vertrieben auf dem Trocknen sitzen. Die Anerkennung und Würdigung der vorbildlichen Persönlichkeit **Hindenburgs** fand ungeteilten Beifall der Zuhörer. Alles in allem ein wohlgeleiteter Abend, der seinen Zweck voll erreichte.

### Herzogsmäntel, Titel und Orden.

Die Besonderlichkeiten, von denen das Kapitel „Republik und Verfassungstreue“ so voll ist, sind um eine neue Spezialität dadurch bereichert worden, daß die vom Abzug von Afghanistan vertriebenen Herzogsmäntel von der Linkspresse zur Aufbauschung einer „Affäre“ ausgenutzt werden. Wer etwa geglaubt haben sollte, daß die „Aufregung“ sich bald wieder legen würde wegen der absoluten Unzulänglichkeit ihres Grundes, der sieht sich durch den Verlauf der Dinge getäuscht. Es brodelt immer noch weiter in dem agitativen radikalen Dementi, in dem die „unrepublikanische und undemokratische“ Gefinnung der mit der kaiserlichen Gabe Bedachten, soweit sie keine Zurückweisung ausgesprochen haben, gründlich gesotten wird. Das Gebaren der radikalen Linken bringt die Frage einer Revision des Artikels 109 der Weimarer Verfassung erneut in Fluß. Der Artikel bestimmt, wie wohl heute nach 8 1/2 Jahren des Bestandes der Verfassung männlich bekannt sein dürfte, daß Titel, mit Ausnahme von Amts- oder Berufsbezeichnungen und von akademischen Graden, sowie Orden und Ehrenzeichen vom Staat nicht verliehen werden dürfen, und daß kein Deutscher von einer ausländischen Regierung Titel und Orden annehmen darf. Unter Berufung auf diese Vorschrift haben der Reichspräsident **Ebbe** und der preussische Ministerpräsident **Braun** sich geweigert, den roten Mantel, mit dem die afghanische Herzogswürde verknüpft ist, entgegenzunehmen, und sie werden wegen dieses Männerstolzes vor Herzogsmänteln als „eiserne Charaktere“ und als leuchtende Vorbilder eines „echten und aufrechten Republikanismus“ in ihrer Presse gepriesen; woraus die Veler dieser Presse natürlich die Folgerung ziehen, daß diejenigen, welche die kaiserliche Gabe als Brückensicherung gedeutet werden könnte oder doch jedenfalls Verstimmungen und Verärgierungen hervorrufen würde, die dem Zwecke des Besuchs sehr abträglich gewesen wären. Sie besanden sich daher ungewiss in einer Zwangslage, welche die Annahme der Auszeichnung unumgänglich machte.

Es standen nunmehr zwei Wege offen: Entweder konnte die von den besonderen Umständen erzwungene Hinwegsetzung über den Buchstaben der Verfassung offen zugegeben und dann nachträglich beim Reichstage dafür Indemnität nachgesucht werden, unter Berufung auf die internationalen staatspolitischen Notwendigkeiten, die ein anderes Verhalten schlechterdings unumgänglich machten; dann aber hätte man mit einer aus diplomatischen Gründen nicht wünschenswerten Attacke der „prinzipiellen“ Opposition rechnen müssen. Oder man konnte einen Mittelweg einschlagen, indem man der Annahme der Ehrung eine andere Deutung gab. **Hindenburg** und **Marx** haben nach reiflicher Überlegung den zweiten Weg gewählt, indem sie sich auf den Standpunkt stellten, daß eine internationale Höflichkeit in gleicher Weise erwirbt werden müsse, und daß sie daher nicht umhin könnten, den Herzogsmantel als ein „Erinnerungszeichen“ an den kaiserlichen Besuch entgegenzunehmen. Dadurch sind natürlich auch die Staatssekretäre gebitt, die ebenfalls das „Erinnerungszeichen“ angenommen haben, darunter der gelehrte Verfassungskenner **Weismann**. Jeder, der auch nur ein bishen Sinn für diplomatische Realitäten hat, wird voll begreifen, daß den beiden höchsten verantwortlichen Beamten des Reiches gar nichts anderes übrigblieb; insbesondere hätte das ehrwürdige Oberhaupt des Reiches, das in starken politischen Stürmen seine unerfütterliche Verfassungstreue glänzend bewährt hat, von allen auch nur mittelbaren Verdächtigungen aus solchem Anlaß befreit bleiben müssen. So viel Einsicht, so viel persönlichen und politischen Takt besitzen aber die „Unentwegenen“ nicht. Der „Vorwärts“ nimmt sich sogar heraus, mit Bezug auf **Dr. Marx** und **Weismann** zu erklären, „Beamte der Republik, die gewollt die Verfassung mißachteten, gehörten nicht in ihr Amt“. Das sonst im Fahrwasser des linken Parteiflügels segelnde Zentrumsorgan „Germania“ klopft für diese Anpassung dem sozialistischen Blatte derb auf die Finger, tritt voll und ganz für **Hindenburg**

## Der Verlauf der Veranstaltung.

### Die Bedeutung der Provinzzeitungen.

Berlin, 21. März. Der Berliner Verband der auswärtigen Presse, der die in Berlin vertretenen Zeitungen im Reich umfaßt, veranstaltete in den prächtigen Festräumen des **Schöneberger Rathauses** einen Empfangsabend, an dem etwa 400 Gäste erschienen waren. U. a. waren anwesend: **Stresemann**, **Brauns**, **Gurtius**, **Schiele**, **v. Knechtel**, **Koch**, **Wörner**, **Köhler**, **Graschinski**, **Veder**, **Höpfner-Nachoff**, **Schreiber**, **Eitelger**, **Schmidt**, **Hirshfelder**, das Präsidium des Reichstages und des Landtages, das diplomatische Korps, Reichsbankpräsident **Schacht**, die Spitzen der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, Vertreter des Reichsrates, namhafte Vertreter von Industrie und Wirtschaft, führende Mitglieder des Reichstages und Landtages, die Chefredakteure der Berliner Presse und zahlreiche Verleger aus dem ganzen Reich.

Im Rahmen des Verbandes hieß der Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes“, **Stein**, die Gäste willkommen. Er betonte, daß der Abend dem sich Nächstbekanntwerden und der Vertiefung des Gefühls des Bekannten- und Verwandtenseins dienen möge. Darauf hieß **Konstantin Facelli**, Verleger der „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“, an Stelle des aus Gesundheitsrückständen verhinderten Vorsitzenden des Vereins Deutscher Zeitungsverleger ebenfalls die Gäste willkommen.

Der heutige Abend ist eine Veranstaltung der großen deutschen Provinzpresse. Dem Wort Provinz habe häufig ein gewisser Vorhang von mit sekundärer Bildung ertragener Zweifelsart an. Dieser Vorhang ist in Deutschland nicht gerecht. Ein Teil des Zweckes des heutigen Empfangs ist es, diesen Vorhang immer mehr verschwinden zu lassen. In Deutschland hat die Provinz eine andere Struktur als die Provinz der meisten europäischen Staaten.

Bei aller Achtung für die großen Berliner Zeitungen, glauben wir doch, daß die deutsche Regierung und die Vertreter der ausländischen Staaten sich eine vollkommene Unterrichtung über Lage und Stimmung in Deutschland nicht allein durch die Berliner Blätter, sondern auch gerade durch die deutsche Provinzpresse verschaffen können. Auf der anderen Seite geht auch für die deutsche Regierung der Weg zur Öffentlichkeit zum überwiegenden Teil über die Provinzpresse.

### Darauf ergriff der Reichsauswärtigen

das Wort. In seiner Rede, die mit großem Interesse und wiederholter Heiterkeit aufgenommen wurde, dankte er zunächst für die Worte der Begrüßung und erklärte, daß seiner Überzeugung nach die Reichshauptstadt wie auch die Städte des Reiches mehr Gesellschaft und weniger gesellschaftliches Leben brauchen. Die Vergnügungen müssen die geistige Fortentwicklung töten, die die Staatsmänner brauchen. Ich erkenne nicht an, daß jemand ein Staatsmann ist, der nicht auch im geistigen Leben seinen Mann steht.

Lassen Sie mich einmal die Frage aufwerfen, was es denn überhaupt für einen Vorteil bedeutet, wenn die Zeitungen heute zwei- oder dreimal am Tage erscheinen. Ist es überhaupt ein Vorteil für unsere ganze Kulturentwicklung, daß der Mensch der Großstadt aller drei Stunden eine Zeitung erhält? Bei der Konzentration, die dem deutschen Volke

eigen ist, wäre es vollkommen genügend, wenn die Zeitungen nur in einer Ausgabe erscheinen würden. Es ist bedauerlich, daß die Zeitschrift bei uns nicht die Bedeutung hat, die sie haben könnte, als Ergänzung der Tageszeitung. Wo bleibt da die Besinnlichkeit, um die Artikel nur einmal genau zu lesen? Bei uns herrscht eine Zersplitterung im Zeitungswesen, die nicht zum Besten ist.

Dann kam **Dr. Stresemann** auf die Neuwahlen zu sprechen: Lassen Sie mich die Anregung aussprechen, daß wir alle dazu beitragen sollen, den

### Wahlkampf auf ein Minimum an Zeit zu beschränken.

Schließlich kommt es doch dahin, daß aus der vornehmen Art, mit der der Wahlkampf zuerst geführt wird, zum Schluss Demagogie und Parteilichkeit wird. Andere Völker benötigen nicht mehr als 14 Tage, um das Volk aufzuklären. — In der heutigen Zeit kommt den politischen Parteien eine ganz andere Bedeutung zu als früher. Ich möchte durchaus die Grenzen zwischen der Autorität des Staates und der Autorität der Parteien gewahrt wissen. Die Parteien sind aber heute mit viel größerer Verantwortlichkeit in das Staatsleben eingeschaltet als früher. Und deshalb haben wir ein Interesse daran, an Veränderungen, daß kapitalistischen Mächten ein übermäßiger Einfluß auf die Gestaltung des Reichstages einräumt wird. Daher wäre es m. E. durchaus eine diskussionsfähige Idee, daß den Parteien nach der Stimmenaahl, die sie erhalten haben, die Wahllokale ersetzt werden. Wir brauchen auch eine ganz andere Wirkung der nicht beruflich gebundenen Anteilnahme in unserem politischen Leben.

Es wäre töricht, zu glauben, daß eine Partei Deutschland glücklich machen könnte. Ohne ein Zusammengehen von Parteien können wir in Deutschland nicht regieren. Die praktische Zusammenarbeit im Kabinett hat stets gezeit, daß in Deutschland die Sachlichkeit zuletzt doch über alle Parteipolitik siegt. Lassen Sie uns für die Zukunft hoffen, daß diese Einsicht und diese Sachlichkeit über diejenigen den Sieg davonträgt, die glauben, daß nur eine Partei irgendwie das Gute für Deutschland bringen könne. Bei scharfem Kampfe muß eines bleiben, die Hingabe an Volk und Vaterland, wie sie

### Die Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten

uns zeigt. Ich habe die Empfindung, daß drei Elemente in dem Eindruck, den wir von dem Herrn Reichspräsidenten gewinnen, zusammenwirken. Einmal der Gedanke, daß hier ein Leben voller Willkür vor dem einzelnen liegt. Zweitens die unendliche Würde, die von dieser Persönlichkeit ausstrahlt. Und drittens der Gedanke, daß darin die Zukunft liegt, daß sich das Gute des Alten mit dem Guten des Neuen so wie bei **Hindenburg** vereinigen muß, um das Reich zu erhalten. Wenn wir diese Synthese unter politischen Leben durchbringen lassen, dann wird trotz Partikampf, trotz schwerer wirtschaftlicher Lage schließlich eine Zukunft vor uns andecket werden können, von Frieden, Freiheit und Fortschritt! (Starker Beifall.)

Zum Schluß begrüßte **Bürgermeister Berndt** die Berliner Vertreter der auswärtigen Presse als die Wirtin zwischen der Reichshauptstadt und dem Reich.